

Antrag

**der Abgeordneten Dora Heyenn, Norbert Hackbusch, Mehmet Yildiz,
Kersten Artus, Dr. Joachim Bischoff, Cansu Özdemir,
Christiane Schneider (DIE LINKE) und Fraktion**

**Betr.: Bildungspaket nicht auf dem Rücken der Schulsekretariate und der
antragsberechtigten Bürger/-innen umsetzen**

Das Bundesverfassungsgericht hat Anfang 2010 die noch unter der Bundesregierung von SPD und Grünen getroffene Hartz-IV-Regelung für Kinder für verfassungswidrig erklärt. Daraufhin ist in einer ganz großen Koalition zwischen CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen und unter bewusster Ausgrenzung der LINKEN Anfang 2011 das Bildungspaket ausgehandelt worden, das von Gewerkschaften und Sozialverbänden als „Bürokratiemonster“ bezeichnet wurde. Schulsenator Rabe und Sozialsenator Schee haben Ende März eine schnelle und unbürokratische Umsetzung dieses Bildungspaketes in Hamburg versprochen. Mittlerweile liegen umfangreiche Erfahrungen von Betroffenen vor, die auf große Missstände hindeuten. So erklärte der Vorsitzende des Verbandes Hamburger Schulleiter, Ulrich Mumm: „Wir werden zu Außenstellen des Sozialamts“ („Hamburger Abendblatt“ vom 28.05.2011). Weiter heißt es: „Das Problem ist, dass wir ständig neue Aufgaben bekommen, aber keine zusätzlichen Ressourcen“, so der langjährige Leiter des Gymnasiums Allee, Altona.“

Vor allem die Sekretariate an den Schulen sind total überlastet. Prüfungen dauern oft Wochen, weil die Eltern die entsprechenden Bescheide nicht vorbringen. Zusätzliche Arbeit machen auch die Anträge von HVV-Karten für Schüler/-innen aus Hartz-IV-Familien. Dabei muss jedes Mal geprüft werden, ob eine andere, näher gelegene Schule das betreffende Kind aufnehmen kann. Zudem sind die Schulen nicht mehr nur für die Kostenübernahme bei Klassenreisen, sondern auch bei Ausflügen zuständig. Je nach sozialer Zusammensetzung sind 50 Prozent und mehr der Schüler antragsberechtigt. Das gilt nicht für alle Schulen gleichmäßig; in einigen beziehen 50 Prozent der Eltern Transferleistungen und in anderen weniger als 5 Prozent. In jedem Stadtteil gibt es diese Schwankungen zwischen Schulstandorten.

Der Weg zur Umsetzung wichtiger Teile des Bildungspaketes über die Schulsekretariate ist für die Schulbehörde zwar bequem, er ist aber für die Betroffenen mit enormen Belastungen verbunden und wirkt geradezu abschreckend.

Die Umsetzung des Bildungspaketes, mit dem Kinder aus einkommensschwachen Haushalten gefördert werden sollen, kommt nicht voran. Die Fraktion DIE LINKE schlägt daher einen anderen Weg vor.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

1. Der Senat wird aufgefordert,

bis zum Schuljahresbeginn 2011/2012 Maßnahmen zur Entlastung der Schulsekretariate zu ergreifen, um eine zügige Umsetzung des Bildungspaketes, mit dem Kinder aus einkommensschwachen Haushalten gefördert werden sollen, zu ermöglichen.

- 2. Der Senat wird gebeten zu prüfen und der Bürgerschaft unmittelbar nach Schuljahresbeginn Bericht zu erstatten,**
 1. ob eine Hotline in der Behörde für Bildung und Berufsbildung eingerichtet werden kann, um die Information von Eltern verantwortlich zu übernehmen. Es müssen ausreichend Plätze geschaffen werden und die Schulsekretariate müssen die Möglichkeit erhalten, diesbezügliche Anrufe an die Hotline weiterzuleiten;
 2. ob Stellen in der Behörde für Bildung und Berufsbildung einzurichten sind, um eine zügige Bearbeitung der Anträge im Zusammenhang mit dem Bildungspaket sicherzustellen;
 3. wie sichergestellt werden kann, dass die Antragsbearbeitung möglichst innerhalb von 14 Tagen erfolgt;
 4. wie sich die zusätzliche Belastung der Schulsekretariate der verschiedenen Schulformen gestaltet hat, wie Belastung für das neue Schuljahr prognostiziert wird und wie gegebenenfalls diese Mehrarbeit kompensiert werden soll.